

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 50.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 10. Dezember 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Kampf oder Frieden?

Daß die Löhne der Friedensschalmeien der Arbeitgeber in den Reihen der Arbeiter nicht die erhoffte Stimmung ausgelöst haben, will anscheinend der „Fachzeitung“ des Arbeitgeber-Schutzverbandes gar nicht zugehen. In längerer Ausführungen beschäftigt sie sich in ihrer Nr. 49 mit der von den Arbeitern gegebenen Antwort: „Wenn wir den Frieden wollen, müssen wir zum Kriege rüsten!“ und den an den einzelnen Orten gestellten Forderungen.

Bezüglich der Rüstung zum Kriege gibt die Fachzeitung den Arbeiterorganisationen gar nicht so Unrecht. Jede Lohnbewegung sei mit einem Gefecht zu vergleichen, bei dessen Einleitung die Artillerie durch Kanonengeschosse den Aufmarsch der Parteien zu verdecken sucht. „Es gilt“, so sagt sie weiter, „die Organisation auf der Höhe der Situation erheben zu lassen und den Mitgliedern Vertrauen und Zuversicht in die eigene Kraft einzuflößen. Damit kann sich auch der Arbeiterschutzbund abfinden, denn auch er kennt und versteht den Wert eines festen und vertrauensvollen Zusammenschlusses.“ — Gut also! Was den Arbeitgebern billig ist, kann den Arbeitern nur recht sein. Mit „Kanonengeschossen“ läßt sich indes wohl der Aufmarsch verdecken und die Stärke verheimlichen, niemals aber eine größere Kraft gewinnen. Es kommt hier mehr auf letzteres an und haben die Arbeiter so keine Veranlassung, von ihren „Rüstungen“, d. h. der Gewinnung neuer Kämpfer und der Stärkung der Kriegskasse abzulassen. Lassen wir das „Kanonengeschoss“ nur so nebenbei gelten.

Von besonderem Werte zur Beurteilung der ganzen Situation ist es jedoch, wenn die „Fachzeitung“ sich auf die Forderung der sozialdemokratischen „Holzarbeiter-Zeitung“ bezieht, bei der Formulierung der Forderungen, müsse seitens der Arbeiter auf die Konjunkturverhältnisse Rücksicht genommen werden. Nach den bisher der Fachzeitung gegebenen Mitteilungen, soll fast allerorten das Gegenteil der Fall sein. Die Bemerkung der „Holzarbeiter-Zeitung“, die Wünsche der Arbeiter würden sich der Konjunktur halber in weitestgehenden Grenzen halten, begleitet die „Fachzeitung“ mit dem „verständnisvollen“ „Na, na!“ Berichte aus 42 Städten lassen das „Gegenteil von Bescheidenheit und Rücksichtnahme“ auf die überaus trostlose Konjunktur erkennen, denn Forderungen von weniger als 4—5 Pfennig Lohnzulage pro Stunde sind uns bisher nicht bekannt geworden.

Bezeichnend ist es, daß schon eine Lohnserhöhung von 5 Pfg. pro Stunde, die für mehrere Jahre festgelegt werden soll ohne das weitere Erhöhungen gefordert werden können, dem maßgebenden Arbeitgeberorgan als das „Gegenteil von Bescheidenheit und Rücksichtnahme“ gelten. Ohne auch nur die örtlichen Verhältnisse in irgend einer Weise in Erwägung zu ziehen, werden derartige Forderungen einfach als unbescheiden und rücksichtslos abgetan. Deutlich genug sagt schon dieses, was die Arbeitgeber wollen, noch klarer wird für uns die Situation, wenn wir den Ausführungen der „Fachzeitung“ weiter folgen: Sie schreibt:

„Ob man nun damit rechnet, daß während der Verhandlungen eine Teil zugeben und der andere ablassen muß, wollen wir Augenblick nicht näher prüfen, klar und deutlich aber möchten wir zum Ausdruck bringen, daß eine Verständigung auf der Basis einer 8—10prozentigen Lohnserhöhung ausgeschlossen gelten muß! Wir kennen die Verhältnisse innerhalb unseres Gewerbes gut genug, um zu wissen, daß es unsern Kollegen völlig unmöglich ist, bei den stets sinkenden Preisen ihrer Fabrikate eine Lohnserhöhung in der geforderten Maße zu bewilligen.“

Völlig unverständlich aber muß es bleiben, wenn neben diesen ins Blaue hinein geforderten Löhnen gleichzeitig eine ganz wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit auf den Wunschzetteln erscheint. So wird z. B. in Köln eine Kürzung der jetzigen 54stündigen Arbeitszeit auf 48 Stunden als angemessen gefordert, und bezeichnend ist es, daß der christliche Verband die Forderung des „roten Bruders“ einfach abgeschrieben hat. Auch bei der größten Friedensliebe der Arbeitgeber muß es ausgeschlossen gelten, daß sich die örtlichen Parteien verweigern werden, es sei denn, daß die Mahnung der „Holzarbeiter-Zeitung“ bei den Führern ihrer örtlichen Organisationen Anklang findet und derartige, ganz übertriebene Forderungen ein bescheidenes Maß herabgedrückt werden.

Es dürfte sich diese Bescheidenheit auf Seiten des Gewerkschafts um so mehr empfehlen, als uns ziffernmäßig bekannt ist, daß die wirtschaftliche Krise der beiden letzten Jahre

nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitnehmern recht fühlbar geworden ist. Die Kassen ihrer Organisationen sind durch die Arbeitslosigkeit ganz erheblich in Anspruch genommen, und noch ist ein Ende derselben ohne eine wesentliche Milderung nicht abzusehen.

Man glaube doch ja nicht, daß der Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Holzgewerbe nicht ebenso, wie seine Partner, zum Kampf gerüstet ist. Wir wünschen zwar diesen Kampf nicht, da er beiden Seiten tiefe Wunden schlagen müßte und Millionen unnütz vergeudet würden, aber wir fürchten ihn auch nicht und brauchen ihn umsoweniger zu scheuen, als wir diesmal mit einer kompakten Masse von 45 bis 50 Städten und fast 40 000 Arbeitern zu rechnen haben, deren Unterstützung eine wöchentliche Ausgabe von 5—600 000 Mk. für deren Organisationen bedeuten würde. Dieser Hinweis allein sollte den Heißspornen Veranlassung zur Mäßigung und zum Nachdenken darüber geben, ob es im Interesse der Arbeiterschaft liegt, ohne Rücksicht auf die Konjunktur eine Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitig eine Lohnzulage in der Weise zu fordern, daß jede Verhandlung scheitern muß.

Die Arbeitgeber der deutschen Holzindustrie wollen den Frieden, aber sie wollen ihn nicht um jeden Preis, und an unsern Partnern wird es liegen, ob das letzte Mittel, den Frieden zu erzwingen, der Kampf sein soll!

Diese Sprache des Arbeitgeberorgans ist sicherlich nicht danach angetan, die Hoffnung der Arbeiterschaft auf eine friedliche Tarifveränderung zu stärken. In Anbetracht der Wirkungen der Krise für die Arbeiterschaft, die ja von der „Fachzeitung“ ebenfalls anerkannt, wenn auch in irriger Weise mit der Organisation in Zusammenhang gebracht werden, kann man nicht behaupten, daß die Forderungen der Arbeiter exorbitant sind. Daß wäre ja schließlich noch schöner, wenn schon die Wirtschaftskrise für den Arbeiter recht fühlbar war, er auch noch durch einen nichtsbietenden Tarifvertrag gezwungen würde, in den Jahren der guten Konjunktur, in den alten schwer drückenden Verhältnissen weiter zu arbeiten. Daß man man wirklich nicht verlangen. Bei einer objektiven Betrachtung der Sachlage, sollte auch der Arbeitgeber-Schutzverband zu dieser Erkenntnis kommen. Was die Bemerkung der „Fachzeitung“ anbelangt, in Cöln habe der christliche Verband die Forderung seines „roten Bruders“ auf eine 52 stündige Wochenarbeitszeit einfach abgeschrieben, so wollen wir darüber nicht viele Worte verlieren. Wir konstatieren lediglich diesen erneuten Beweis der besonderen „Liebenswürdigkeit“, die von jeher unserem Verbands seitens der Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes bekundet wurde. Den Cölnern Arbeitgebern wurde „gewunken!“

Unseren Kollegen sind die Ausführungen der „Fachzeitung“ eine Mahnung, unablässig an dem Ausbau ihrer Organisation zu arbeiten. Nur eine sich regende und so um die Verbesserung ihres Loses kämpfende Arbeiterschaft wird den Arbeitgebern Respekt einflößen. Die Gefahr, daß den berechtigten Wünschen der Kollegen nicht entsprochen wird, wenn sie „Gottes Wasser über Gottes Land laufen lassen“, liegt nach der wiedergegebenen Willensbindung der Arbeitgeber sehr nahe. Rüsten wir daher zum Kampfe! Dringt bei den Arbeitgebern damit im letzten Moment die Ueberzeugung von der Berechtigung der Wünsche der Kollegen durch und wird so der Kampf vermieden, dann desto besser. Seien wir indes auf alles gefaßt und erhoffen wir alle zu erzielenden Erfolge allein nur von unserer Stärke.

Finanzreform und Volkswirtschaft.

VIII. (Schluß.)

Man wird der Gerechtigkeit wohl am nächsten kommen, wenn man ein gemäßigtes Steuersystem nimmt und die nächstliegende Frage ist, inwiefern die Besteuerung in Deutschland der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Hierzu ist notwendig, daß man nicht die Steuern, die im Reich bezahlt werden, allein für sich betrachtet, sondern zum Ausgangspunkt die gesamte Steuerleistung der öffentlichen Körperschaften in Deutschland zum Vergleich heranzieht, also die Steuern in den Gemeinden, in den Einzelstaaten und im Reich. Der Reichssatz für sich betrachtet gibt stets ein ungünstiges Bild, weil, wie schon früher dargelegt, die wichtigsten Kulturaufgaben den Einzelstaaten und Gemeinden überlassen sind, während dem Reich als Hauptaufgabe die Erhaltung der Landesverteidigung zugewiesen ist.

Hier sei von vornherein auf einen erheblichen Mangel in der Steuerstatistik hingewiesen. Es fehlt uns in Deutschland

eine zusammenfassende, jährlich oder periodisch wiederkehrende Aufstellung der Steuererträge in Reich, Staat und Gemeinde nach dem Charakter der Steuern und eine Aufstellung der Ausgaben dieser öffentlichen Körperschaften nach ihrem Verwendungszweck. Die amtliche Denkschrift zur Finanzreform bringt zwar einige Materialien, die aber nur für diesen Einzelfall zusammengestellt sind. Die Unzufriedenheit mit den Steuern und den steigenden öffentlichen Aufwendungen beruht nicht zum geringen Teil auf dem Umstand, daß die Bevölkerung zu wenig erfährt, für welche Zwecke die öffentlichen Mittel verwendet werden. Die Budgets der Gemeinden und Staaten enthalten zwar überall diese Nachweisungen, aber sie werden nicht beachtet. Eine übersichtliche Reichsstatistik würde diesen Mangel beseitigen können. In der amtlichen Denkschrift wird folgende Zusammenstellung der Steuern nach ihrem Charakter gegeben: (Siehe Tabelle I und II.)

I Erträge der Steuern (in Millionen Mark).

Steuerarten	Reich	Einzelstaaten	Höhere strom- und mineralische Erzeugnisse mit mehr als 10000 Einwohner	Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern	Besondere Erzeugnisse	Abgaben	Summe	Spalte 2-8
I.								
Allgemeine Einkommensteuer	—	407,5	1,6	300,7	8,7	—	49,1	767,6
Vermögens-Ergänzungssteuer	—	62,4	—	—	—	—	—	62,4
Grundsteuer	—	42,3	—	—	—	—	—	42,3
Gebäudesteuer	—	9,5	—	140,6	10,7	—	5,2	212,2
Wohnplatzsteuer	—	10,7	—	2,9	0,02	—	—	12,7
Gewerbesteuer	—	21,3	—	73,3	3,3	—	0,2	106,3
Kapitalerwerbsteuer	—	14,1	—	2,1	0,4	—	—	24,4
Spezielle Einkommensteuer	—	8,6	—	—	—	—	—	11,3
Wandererbesteuer	—	4,2	—	0,4	—	—	—	4,6
Eink.- u. Vermögenssteuer	—	1,5	—	0,2	0,3	—	—	2,0
Anderer persönliche Steuern	—	1,9	—	0,2	1,0	—	—	9,8
Nicht zu verteilende dir. St.	—	—	—	38,7	18,2	268,2	21,0	348,6
Summe der dir. Steuern	—	584,0	49,1	557,2	282,5	31,0	57,0	1560,9
II.								
Sölle	644,7	—	—	—	—	—	—	644,7
III.								
Mahlsteuer	—	—	—	3,4	—	—	—	3,4
Schlachtsteuer	—	—	—	9,6	0,07	—	—	16,47
Salzsteuer	—	57,8	—	—	—	—	—	57,8
Biersteuer	—	58,3	0,04	10,0	0,43	—	—	125,97
Weinsteuer (auch Schaumw.)	—	5,4	—	—	—	—	—	11,7
Brandweinsteuer	—	120,7	—	—	—	—	—	120,7
Juckersteuer	—	188,4	—	—	—	—	—	188,4
Zuckersteuer	—	23,6	—	—	—	—	—	23,6
Sonstige Verbrauchssteuern	—	2,0	—	7,1	5,7	—	—	14,8
Summe d. Verbrauchsabg.	644,7	77,5	0,04	30,1	6,2	—	—	522,84
IV.								
Dunstabgabe	—	3,5	0,04	5,7	1,2	—	—	10,71
Sonstige Abwandssteuern	—	0,2	0,01	5,6	0,1	—	—	5,91
Summe d. Abwandssteuern	—	4,0	0,05	11,3	1,3	—	—	16,65
V.								
Umsatzsteuer von Grundst.	—	20,4	—	37,8	0,8	—	—	59,0
Stempelsteuern	—	134,6	65,3	—	—	—	—	199,9
Sonstige Verkehrssteuern	—	—	—	2,9	0,6	—	—	3,5
Summe d. Verkehrssteuern	—	134,6	65,7	40,7	1,4	—	—	262,4
Nicht verteilb. ind. Steuern	—	—	—	—	6,4	—	—	6,4
VI.								
Erbschafts- u. Schenkungssteuer	—	2,3	1,6	—	0,15	—	—	4,05
Summe	120,33	770,1	49,19	644,4	287,9	31,0	57,0	3058,94

II Anteil der einzelnen Steuererträge in Prozent der Gesamtsteuererträge in Gruppen öffentlicher Körperschaften.

Steuerarten	Reich	Einzelstaaten	Höhere strom- und mineralische Erzeugnisse mit mehr als 10000 Einwohner	Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern	Besondere Erzeugnisse	Abgaben	Summe	Spalte 2-8
Direkte Steuern	—	75,83	99,82	55,92	94,86	100,00	100,00	51,08
Sölle	53,49	—	—	—	—	—	—	21,08
Verbrauchsabgaben	33,16	10,10	0,08	6,03	2,08	—	—	17,08
Aufwandssteuern	—	0,53	0,10	1,74	0,44	—	—	0,54
Verkehrssteuern	11,17	11,13	—	6,25	0,47	—	—	9,68
Nicht verteilbare indirekte Steuern	—	—	—	—	2,15	—	—	0,21
Erbschafts- und Schenkungssteuer	—	2,18	2,42	—	0,08	—	—	1,47
Summe	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Diese Aufstellungen beziehen sich auf das Finanzjahr 1907. Es entfallen demnach auf den Kopf der Bevölkerung jährlich etwa 49 Mark Steuern. Ein Vergleich mit den hauptsächlichsten Kulturländern ergibt folgendes Bild:

Die Steuerbelastung insgesamt und pro Kopf berechnet betrug in den verschiedenen Ländern:

	in Millionen	pro Kopf der Bevölker.
Deutschland (1907/08)	3001	48,17
Frankreich (1908)	3249	82,70
England (1907)	4107	95,80
Italien (1907)	1647	48,40
Oesterreich (ohne Kommunalst.) (1908)	1269	38,95
Bereinigte Staaten (1908)	6119	80,90

Das Verhältnis der Besitzsteuern und Verbrauchssteuern in den gleichen Ländern ist folgendes:

Es ergeben sich	Steuern	Erbschaftsteuern	Erbschaftsteuern	Summe der Steuern	Verbrauchs- und Einkommensteuern
Deutschland (1908)	1504	45	262	1811	1190
Frankreich (1908)	907	211	462	1580	1669
England (1907)	2014	332	308	2704	1403
Italien (1907)	621	32	190	843	804
Österreich (ohne Kommunalsteuer) (1907)	268	25	130	423	642
Vereinigte Staaten von Amerika	3301	-	315	3616	2503

Das gleiche Verhältnis pro Kopf berechnet ergibt:
 Es betragen die Steuern die Verbrauchs- auf den Kopf der Bevölkerung in Mark

in Deutschland (1907)	29,17	19,00
Frankreich (1908)	40,10	42,60
England (1905)	61,80	34,00
Italien (1907)	24,40	23,60
den Verein. Staaten (1907)	50,40	30,40

Nach diesen Vergleichen ist sowohl die Steuerlast in Deutschland insgesamt wie auch die Verteilung nach dem Charakter derselben mit am günstigsten. Allerdings sind in diesen Ziffern die neuen Steuern für Deutschland nicht enthalten. Das veranschlagt im allgemeinen jedoch nichts, da auch in fast allen anderen Staaten entweder seit der Zeit neue Steuern beschlossen oder in Vorbereitung sind. Jedes Land wählt natürlich die Steuern, die es für seine Bevölkerung und seine Volkswirtschaft am zweckentsprechendsten findet. Aber in allen Ländern findet man eine Mischung von indirekten und direkten, von Besitz- und Verbrauchssteuern. Auch die sozialdemokratischen Steuertheoretiker, wie Ramsay, müßten anerkennen, daß die Anbringung der Steuern ohne jede indirekten Steuern nicht so leicht ist. In seinem Buche „Am Tage nach der sozialen Revolution“ schreibt er über die von den im sozialdemokratischen Programm geforderten progressiven Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, daß man in diesen Steuern über ein gewisses Maß nicht hinausgehen könne, selbst wenn man die Sozialdemokratie die politische Macht dazu hätte. (Seite 12, 13.)

Auch die jetzige im Reich verabschiedete Finanzreform stellt ein Gemisch von Besitzsteuern und indirekten Verbrauchssteuern dar. Es sind bewilligt worden:

- a) Besitzsteuern
 1. Umsatz- bzw. Verbrauchsteuer für den Grundbesitz, darunter der Grundsteuerzuschlag, auf unveräußerlichen Grundbesitz 40 Millionen
 2. Aus Schenk-, Umäußerungs- und Veräußerungssteuern und Erbschaft 20
 3. Aus Erbschaft- und Schenkungssteuern 22,5
 4. Aus den Einkommensteuern (Einkommensteuer) 27,5
 5. Aus der Erhöhung der Körperschaftsteuer 25
 - b) Indirekte Verbrauchssteuern
 1. Biersteuer 100 Millionen
 2. Branntweinsteuer 80
 3. Tabaksteuer 45
 4. Schenkungssteuer 5
 5. Käse- und Zerpoll 37
 6. Salspetersteuer 20
 7. Zinssteuer 23
- 310

Die Meinungen über die beschlossenen Steuern und ihre Zweckmäßigkeit sind geteilt. Vom Standpunkte der Arbeiter ist es lebhaft zu bedauern, daß einzelne Steuerarten beschlossen sind, die der Finanzreform ein böses Omen angedeihen lassen. Das ist vornehmlich der Kaffeesteuer, der einen Gegenstand betrifft, welcher für den Arbeiterstand ebenso wie für alle anderen Berufsstände unentbehrlich geworden ist. Auch die Erhöhung der Tabaksteuer ist mit Rücksicht auf die Wirkung, die sie auf die Tabakindustrie ausübt, recht unangenehm. Wir wollen uns an dieser Stelle einer weiteren Bemerkung der einzelnen Steuern enthalten, schon aus dem Grunde, um nicht den Verdacht erwecken zu lassen, daß die christlichen Gewerkschaften aus Rücksicht auf bestimmte Parteien Stellung nähmen. Die Finanzreform im Reich ist leider zu einem scharfen Kampfsache unter den bürgerlichen Parteien geworden. Während im vorangehenden Landtage sich die bürgerlichen Parteien bei der Beschlussempfehlung und der Steuerreform schließlich einigten durch einen Kompromiß und daher dem politischen Kampfe die Spitze abnahmen, wurde die Finanzreform im Reich gewissermaßen zu einer politischen Kampfsache unter den bürgerlichen Parteien. Wir unterziehen nicht, wo die Schuld an diesem Zustande liegt, sondern konstatieren die Tatsache, daß durch diese Vorgänge der sozialdemokratischen Bewegung Part in die Hände gearbeitet worden ist. Die Steuern müssen gemacht werden. Darüber legen wir nicht den geringsten Zweifel. Ob sie von dieser oder jener Partei-Gruppierung gemacht werden, am letzten Ende würde es darauf ankommen, ein gerechtes Verhältnis zwischen Besitz- und Verbrauchssteuern zu finden. Wir meinen, eine solche Einigung hätte sich bei offenkundigen Willen finden lassen müssen. Daß es nicht geschehen ist, ist sehr bedauerlich.

Die Sozialdemokratie bekennt die Unmöglichkeit der bürgerlichen Parteien, aus der Finanzreform heraus eine Agitation gegen die christliche Arbeiterbewegung zu ziehen. Sie hat damit auch zweifellos Erfolg gehabt, wenn nicht andere christliche Arbeiter und ihre Führer durch jahrelangen Kampf gegen die Sozialdemokratie gewarnt und gewarnt werden müßten. Es ist aber nicht zu verkennen, daß gerade die Partei der linksliberalen Partei betriebene Hege gegen die Arbeiter, welche die Steuern schon in verächtlicher Weise der Sozialdemokratie aufhängen aus dem liberalen Lager in die Arme getrieben hat. Das ist für die christliche Arbeiterbewegung nicht gleichgültig. Die Sozialdemokratie ist nicht einmal mehr die gewöhnliche gewöhnliche Gegnerin, und sie wird in Zukunft alles ansetzen, um die ihr so verhasste christliche Arbeiterbewegung an die Wand zu drücken.

Es kann aber auch selbst der radikalsten bürgerlichen Partei nicht gleichgültig sein, ob die einzige, namhafte, vorwärtsstrebende bürgerliche Arbeiterbewegung — und das sind die im christlich-nationalen Arbeiterkongreß vereinigten Organisationen — geschwächt wird oder nicht. Es sei denn, daß man in jenen Kreisen der christlichen Weltanschauung ebenso feindselig gegenübersteht, wie es die Sozialdemokratie tut.

In einem Teil der bürgerlichen Presse hat man sich darüber beschwert, daß Sekretäre und führende Beamte der christlichen Gewerkschaftsbewegung in politischen Versammlungen über die Finanzreform redeten, sie seien darin eine Verletzung der politischen Neutralität. Sehr mit Unrecht. Es kann kommen und wollen die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern die parteipolitische Tätigkeit in den ihnen auftragenden bürgerlichen Parteien auf keinen Fall erschweren oder unterbinden. Andererseits wünschen sie jedoch, daß diese Tätigkeit sich in gewissen Grenzen hält. Unsere Beamten sollen auch den Schein vermeiden, als wollten sie ihr gewerkschaftliches Amt zugunsten der einen oder anderen Partei benutzen. Bei der jetzigen Finanzreform war aber diese Aufklärungsarbeit geradezu eine Notwendigkeit geworden. Die beispiellose Hege der sozialdemokratischen Presse hat uns gezwungen, in dieser Steuerfrage mehr hervorzutreten, als dies unter anderen Umständen nötig gewesen wäre. Ihr gegenüber sind wir verpflichtet, unsere Anhänger über den wahren Zusammenhang der Dinge aufzuklären, und wenn diese Aufklärungsarbeit im positiven Sinne erfolgt, so nicht deshalb, weil wir dadurch diejenigen Parteien, die bei der Erledigung der Finanzreform verlagert haben, bekämpfen wollen, sondern weil die Steuerfrage an sich dies erfordert. Oder wäre damit dem Staate und der bürgerlichen Gesellschaft ein Dienst erwiesen, wenn wir ruhig zusehen, wie unsere christlichen Arbeiter gegen den Staat und die Verpflichtung, die wir gegen ihn haben, widerspruchslos verhetzt werden? Wenn irgend eine Klasse daran interessiert ist, daß Deutschland gute Finanzverhältnisse hat, so die Arbeiterklasse. Deutschlands Wirtschaftsleben hängt eng zusammen mit unserer Finanzkraft und unserem Ansehen, das wir in der Welt genießen. Was würden aber die Parteien sagen, die heute unsere Stellungnahme abfällig kritisieren, wenn sie selbst positiv bei der Finanzreform mitgearbeitet und dann schließlich ihre Zustimmung gegeben hätten? Zweifellos würden sie dann unsere Aufklärungsarbeit freudig begrüßen. Warum denn jetzt nicht? Für die Herrlichkeit und Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien sind wir christliche Arbeiter nicht verantwortlich, und wir wollen es offen aussprechen, daß uns das Vaterland und unser deutsches Volk und dessen Wohlergehen im letzten Grunde höher steht, wie irgend ein parteiagitorischer Erfolg. Wenn wir einen Wunsch bei der Gelegenheit zum Ausdruck bringen dürfen, dann wäre es der, daß sich die bürgerlichen Parteien endlich auf sich selbst bekümmern wollten und bei aller Verschiedenheit der Meinungen und der Parteistandpunkte bei Erledigung großer nationalwirtschaftlicher Aufgaben, wie die Finanzreform eine war, den Boden der Verständigung suchten. Wenn aber die bürgerlichen Parteien diese Einsicht nicht besitzen, so wächst für uns die doppelte Pflicht, uns gegen die Verhetzung unserer Mitglieder zu wehren. Davon werden wir uns durch keinerlei Kritik von rechts oder links abbringen lassen.

Verbandsnachrichten. Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 50. Bandbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Dezember fällig ist.

Neue Beitragsmarken für das Jahr 1910. Mit dem ersten Januar nächsten Jahres gelangen für die männlichen Mitglieder neue Beitragsmarken zur Verwendung. Von den jetzigen 50 Pfennig-Beitragsmarken dürfen über den 31. Dezember hinaus keine mehr verwendet werden. Die neuen Marken werden den Jahrestellen mit dem Abrechnungsjournalen für das 4. Quartal zugesandt, während die noch vorhandenen alten Marken sofort nach Jahresabschluss an die Geschäftsstelle in Köln zurückzusenden sind. Die Kollegen werden daher gebeten, für eine pünktliche Begleichung ihrer Bandbeiträge zu sorgen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 35550 auf den Namen Franz Faver Kreis laudend, ist verloren gegangen und wurde für ungültig erklärt.

Die zweite Ratezahlung ist fällig und wollen die Zahlverpflichteten für deren Einzahlung Sorge tragen.

Lohnbewegung.

Die Ortsvereine haben bei allen Lohnbewegungen der Zeitraume jede Woche vor Ablaufsbeginn einen Bericht über den Stand der Bewegung einzuweisen.

Der Kampf ist fortgeschritten
 Schneider und Maschinenarbeiter: Delbe, Höchst a. M., Zellheim i. L. (Jahresbeitrag 1909).

Berichte aus den Jahrestellen.

Es ist am 1. Dezember wurde hier die Gewerbegerichtsversammlung abgehalten. Nicht weniger als 5 Beschäftigte waren zu dieser Zeit anwesend. Von 2840 eingeschickten Wählern haben 2014 ihr Recht ausgeübt. Die eingeschickten Stimmen verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: Christliche 7620

Sozialdemokraten 8979, Gelbe 2759, S.-D. 495, Polen 341. Gegenüber der letzten Wahl vom Jahre 1906 haben wir diesmal rund 1100 Stimmen weniger erhalten. Der Stimmenrückgang ist im wesentlichen auf die Tatsache zurückzuführen, daß der größte Teil der evangelischen Arbeiterschaft, der bei der letzten Wahl für unsere Liste stimmte, diesmal für die Gelben gestimmt hat, wie die Abstimmungen in einzelnen Bezirken recht deutlich beweisen. Hinzu kommt noch, daß bei dieser Wahl auch die Polen eine besondere Liste aufstellten, wodurch uns ebenfalls einige Hundert Stimmen verloren gegangen sind. Berücksichtigt man dann weiter noch die verheerende Agitationsweise der „Genossen“ durch das Einbringen der Finanzreform, so ist das Wahlergebnis erklärlich. Bezeichnenderweise richtete sich der Hauptkampf der Gelben sowohl wie der Roten gegen die gleichermäßen verhassten Christlichen. Zweifellos sind weder die Gelben noch die Roten mit ihren Erfolgen zufrieden. Die Gelben geben an, annähernd 4000 Mitglieder zu haben und in ihren Wahlkreisen richteten sie sich nicht nur an diese, sondern auch vor allem an die gesamte unorganisierte Arbeiterschaft. Weiter hat es sich auch die Firma Krupp etwas kosten lassen. Am Tage der Wahl waren 150 Arbeiter beurlaubt, um sich in den einzelnen Wahllokalen für die gelbe Liste zu betätigen. Diefen wurde pro Mann 6 M. vergütet für den Lohnausfall, außerdem hatten dieselben freie Züge. Einzelne dieser Unternehmerrödlinge haben von der letzten Vergütung in so reichlichem Maße Gebrauch gemacht, daß sie schon in den ersten Abendstunden total benebelt vom Plage geschafft werden mußten. Außerdem hatte man von jener Seite fast sämtlichen Wählern ein gelbes Flugblatt per Post zugesandt. Daß die Gelben bei dem niedrigen Beitrag die Kosten hierfür nicht selber aufbringen konnten, versteht sich von selbst. Besseren Geistesfinder einzelne der gelben Führer sind, möge nachstehender Vorgang beweisen: Vor einigen Wochen wurde schon an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Firma Krupp als erste Frucht der Gelben eine Affordreduktion angekündigt und nur auch bereits durchgeführt hat; die Gelben nennen dieses in ihrem Flugblatt „Krupp-Reduktion“. Darauf wurde ein gewisser Herr Minckhath vorstellig, um diese „Affordreduktion“ gerade vor der Gewerbegerichtswahl zu inhibieren. Nachdem derselbe unwirksamter Sache wieder abziehen mußte, erklärte er mündlich: „Meine Herren, ich habe ausgehört, ein Gelber zu sein.“ Nichtsdestoweniger fuhr dieser Mann am Tage der Wahl, jedenfalls auf Kosten der Firma, in der Drochle von einem Wahllokale zum anderen, um seine Gefinnungsgenossen gelber Couleur aufzumuntern und sie weiter mit Biermarken zu versehen. Eine solche Grundsatzlosigkeit sucht denn doch wahrlich ihresgleichen. Sollte es dem wirklich möglich sein, daß sich denkende Arbeiter von solchen Leuten auf die Dauer „führen“ lassen? Wir glauben's kaum! — Der Wahlkampf der „Genossen“ bewegte sich in Formen, wie sie niedriger wohl kaum irgendwo angetroffen werden. Der Obergewisse Ostkamp hatte es sich nicht nehmen lassen, in höchst eigener Person ein Flugblatt gegen die Christen zu schreiben. Dazu war unsererseits volle Schimpfreiheit eingeräumt. Hieron machte Ostkamp dann auch den ausgiebigsten Gebrauch, wie folgende Stillschlüsse beweisen: „gewissenlose Schabrackenschneider“, „gemeingefährliche Spießhahnen“, „M-Glabbacher Gewerkschaftsagitatoren“, „schäufliche Gelbabschlusungskünste“, „Zentrumsauguren“, „Sippjacht von Schabrackenschneidern“ usw. Diese „Entgefnungen“ wären „Wilhelm dem Unentwegten“ wohl noch zu verzeihen, denn niemand kann aus seiner Haut heraus; daß derjelbe aber die christlichen Gewerkschaftsangehörigen im „Reichsverbandstil“ begeißelt übersteigt denn doch den Gipfel der Unverschämtheit. Es heißt nämlich an einer Stelle in dem Flugblatt: „An den M-Glabbacher Futtertruppen lebt es sich ja so prächtig und gefahrlos für die strebenden Zentrumsjünglinge, obendrein ist die Befoldung so angemessen, daß man sicher nicht das geringste Bedürfnis empfindet, jemals seine Kollie mit sozialdemokratischen Angestellten zu vertauschen“. Dabei weiß doch ein jeder, der mit den Verhältnissen in etwa vertraut ist, daß gerade mit Bezug auf das letztere umgekehrt ein Schuh draus wird. Nebenher wurde dann noch wie schon oben bemerkt, die Reichsfinanzreform in der verlogensten Weise gegen die christliche Arbeiterschaft ausgenutzt und dürfen wir bezweigen unter Berücksichtigung aller dieser Umstände mit dem erzielten Resultat zufrieden sein. Dem vereinten Ansturm zweier gleich verhängnisvoller Gegner ist es nicht gelungen, uns wesentlichen Abbruch zu tun. Stellen alle Kollegen sich vor, jetzt ab in den Dienst der Sache, so wird es zweifellos ein leichtes sein, bei der nächsten Wahl in drei Jahren diese Scharte wieder auszuweihen. Die Bahn ist jetzt für uns frei, darum auch Kollegen zur Agitation, auf zur Mitarbeit!

Gott. Sind schon im allgemeinen am Niederrhein die Verhältnisse für die Agitationsarbeit ungnädig, so ist dieses in besonderem Maße in Goch der Fall. Grafse Opfer hat hier schon unser Verband für die Vinjelmaier gebracht und auch der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Trotzdem bringt es eine große Anzahl der Berufs Kollegen heute fertig aus den geringfügigen Ursachen aus der Organisation fern zu bleiben. Der eine erklärt: „Ja gewiß, die Organisation ist notwendig, aber die Andern tun nicht mit und dann hat es auch für mich keinen Wert.“ Anderer erklärt: „Wenn erst die Arbeiter im Belling'schen Betriebe sich organisieren, dann wollen auch wir nicht zurückbleiben“, während wieder Andere sagen: „Erst müssen in den kleineren Betrieben dieselben ohne eingeführt werden wie im Belling'schen Betriebe, ebenso im Jansen'schen Betriebe dieselbe Arbeitszeit.“ Von jeder Einzelnen wird eine andere Ausrede gebraucht, um den eigenen Indifferenzismus zu beschönigen und auf Andere abzuwälzen. Da hierdurch den organisierten Kollegen die Erreichung von Verbesserungen unmöglich gemacht wird, müssen sie doch selber einsehen. In dem Belling'schen Betriebe scheinen es zwei Kollegen aus irgend welchen Ursachen sich zur Aufgabe gestellt zu haben die organisierten Kollegen besonders zu bekämpfen. Ob die Kollegen Hendricks und Vog glauben dadurch besondere Vorteile zu erzielen. Wer war es, der in diesem Frühjahr bei einer gewissen Gelegenheit der lauteste Ruf im Streite war? Und heute geht der Betroffene her und bekämpft diejenigen, aus welche er sich damals am Hüfte gemant hat. Erfreulicherweise haben jetzt in der letzten Zeit eine Anzahl Kollegen den Eintritt in die Organisation vollzogen und wollen mit den bisher organisierten vereint, eifrig arbeiten, um die noch fernstehenden zu gewinnen, auch solche welche früher in leitender Stellung tätig waren und heute teils nachslos und verärgert bei Seite stehen. Bei den Schreiner am Orte sieht es nur noch schlimmer aus. Für diese wäre es besonders leicht, wirtschaftliche Vorteile erzielen zu können und dieses ist ja auch bei den ungenügend niedrigen Löhnen dringender notwendig. Und trotzdem eine solche, unbegrenzte Interessenslosigkeit. Sieht doch Goch mit den Löhnen für die Schreinergehilfen um 50 — 80 Pfg. pro Tag hinter den anderen niederheinischen Orten Gelbern, Replauer, Cleve, Summerich, Bessel und Bock zurück. Auch diese Kollegen gebrauchen die wichtigsten Ausreden. Die Schreiner der kirchlichen Kaufmannschaft Rangenberg glauben auf die übrigen Kollegen herabzusehen zu können, da sie doch

Kunsthandwerk beschäftigt sind und 3,50 Mk. täglich verdienen, während sonst im Durchschnitt nur 3,20 Mk. gezahlt wird.

Regensburg. Es sind nun bereits 10 Jahre verflossen, seit die Zahlstelle Regensburg des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands gegründet wurde.

Drehler.

Schönau. Ueberall im Verbandsgebiet der Sektionsgebände hervor. Voran bei den Stellmachern. Aber auch in anderen Sektionen herrscht reges Leben.

Adressenveränderungen.

Offenbach. R. Wilhelm Spahn, Kaiserstraße 4. Bochum. V. Fern. Schimmel, Korncamp 7.

Gewerkschaftliches.

Flugblatt. Als im Jahre 1904 das anonyme Flugblatt erschien, welches den Vorsitzenden des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Brutt in den verleumderischen Verdacht setzte, er sei mit 30.000 Mk. von den Jachandbesitzern bestochen worden, trug bald kein sozial. Blatt eine größere moralische Entrüstung über das Schandflugblatt zur Schau.

Man lese das, was hiez die „Rheinische Zeitung“ schrieb, noch einmal gründlich nach. Die zur Schau gestellte Entrüstung ist kaum noch zu überbieten.

Tapeziererverein und Tapeziererverband. Vor ungefähr 4 Jahren wurde in München i. B. eine Vereinigung der Tapezierergelöhnen unter dem Namen Tapeziererverein gegründet.

Kollege Kraus gab bekannt, daß die letzten Mitglieder des hiesigen Tapezierervereins ihre Vereinsmitgliedschaft (Barbestand war keiner vorhanden) bestehend aus Schrant u. dgl. im Werte von 60-70 Mk. unserer Ortsverwaltung überwiesen haben.

In letzterem Satz kommt klar genug zum Ausdruck, weshalb der Lokalverein ins Leben trat. Seine Gründer waren sozial. Gewerkschafter, die in der Agitation für ihren Verband auf dem „steinigen Boden“ Münsters nichts erreichten.

Der Vertragsentwurf der Bauunternehmer, der bei den schon stattgefundenen, aber resultatlos abgebrochenen Tarifverhandlungen als Vorlage diente, ist in seiner Art geeignet, den härtesten Widerstand der Bauarbeiter herauszufordern.

Klein Notizen aus Bayern. In letzter Zeit durchläuft die sozialdemokratische Presse eine Notiz, wonach die christliche Arbeiterbewegung allein in München einen so heftigen Rückschlag erlitten hätte, daß zwei Sekretäre entlassen werden müßten.

Teil der Sozialisten und Zeitungsschreiber zur Zeit von einer Lügenmanie befallen sind.

Zu diesem Kapitel gehört auch ein Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“, in der über die christlichen Gewerkschaften Münchens berichtet wird und das läbliche Bestehen zutage tritt, die letzteren gegenüber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung gehörig herunter zu setzen.

Ein beliebter Gegenstand sozialdemokratischer Bekämpfung sind auch die aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten des bayerischen Landtags. Weniger durch Sprüchmachen und endloses Kritisieren zeichnen sich diese Kollegen aus, als vielmehr durch ihre ruhige, aber praktische Mitarbeit an der Gesetzgebung.

Einem, dem die „Helle davon geschwommen“ sind, stimmt in der „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 48 ebenfalls ein Klagestück über unsere Zahlstelle Cham an. Es ist begreiflich! In Cham haben die Sozi jeden Kredit verloren, da sie trotz mehr als 10 jährigen Bestehens für die Arbeiter wenig oder nichts getan haben.

Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter konnte am 19. Nov. d. J. auf eine jährliche Wirkamkeit zurückblicken. 40 Delegierte aus 9 niederrheinischen Orten, die von 349 ihrer Kollegen beauftragt waren, beschloßen vor 10 Jahren die Gründung des Verbandes.

Ein Kassenrunder. Der sozialdemokratische Parteisekretär Dräger in Mainz hatte der Kassenrunderkassette 1880 Mark und der sozialdemokratischen Partei 262 Mark untergeschlagen.

Soziale Rundschau.

Der sozialdemokratische Schnapsboykott treibt die widerlichsten Blüten. Nachdem manch „zielbewusstem Genossen“ die Entfugung so schwer fällt, erscheint aus dem Parteibüro eine Erklärung, die allen Sündern wider den Boykott schon im voraus die Absolution gibt. Den Schnaps trinken soll nichts passieren, da der Leipziger Boykottbeschluss weniger ein Beschluss als eine Anregung gewesen sei. Die „Genossen“ finden den Schnaps indes anregender als den Leipziger Beschluss und konsumieren weiter. In den soziald. Gewerkschafts- und Volkshäusern wird das „edle Maß der Junfer“ immer noch verzapft, und schwer fallen all diejenigen auf, die den Genuss des Fuzels besitzigt wissen wollen. — Wie im übrigen die soziald. Parteipresse gegen die schädlichen Folgen des Alkoholkonsums wirkt, zeigt folgendes Inserat der „Königsberger Volkszeitung“ vom 24. Nov. 1909:

Auf zur Wahl! Trinkt keinen Schnaps, aber desto mehr Bier. Schönbuscher, Bonarther (hell und dunkel) à Flasche 10 Pfg. Größere Posten billiger. Sämtliche Biere, Limonaden und Selter zu den billigsten Preisen liefert frei Haus Hermann Leidig, Bier-Großhandlung, Steinhammer Kirchenplatz 4 und Heinrichstraße 15.

Da wäre es doch schließlich richtiger gewesen, der Leipziger Partei hätte sich für den Boykott jeglichen Alkohols erklärt. So hätten die „freien“ Gast- und Schankwirte wenigstens die Parole ausgeben können: „Kinder, meid' den Alkohol, in Bier und Schnaps liegt euer Wohl.“ Nun, auch ohne die Parole der Parteibüro wird der Schnaps genossen zur Freude des „Lodfeindes Junfer“, der übrigens nicht Boykottandrohungen, sondern die Lat fürchtet.

Deutschlands Industrie und Arbeiterschaft 1908. Ueber die Zahl der in den einzelnen Bundesstaaten und im Reich der Gewerbeaufsicht unterstehenden Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen sowie die Zahl der in diesen Fabriken u. m. befristeten Arbeiter im Jahre 1908 bringt das eben erschienene Oktoberheft des Reichsarbeitsblattes auf Grund der jetzt sämtlich vorliegenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten eine Uebersicht. Danach betrug die Gesamtzahl der Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen im Jahre 1908 259 617 (im Vorjahre 250 724). In diesen Fabriken u. m. waren im ganzen 6 122 416 (6 128 319), d. h. etwa 5 900 Arbeiter weniger als im Jahre 1907 beschäftigt; unter den Arbeitern waren 4 520 056 (4 533 518) erwachsene männliche Arbeiter, 1 150 033 (1 145 535) Arbeiterinnen über 16 Jahre, 440 255 (436 182) junge Leute von 14 bis 16 Jahren, endlich 12 062 (13 654) Kinder unter 14 Jahren, und zwar 6 677 männliche und 5 385 weibliche. Residiert wurden 135 330 (137 735) Fabriken u. m., das sind 52,1 Proz. (52,1 Proz.) sämtlicher Fabriken u. m., in den residierten Fabriken waren 548 051 (503 613) Arbeiter beschäftigt, das sind 82,3 Prozent (82,3 Prozent) sämtlicher Arbeiter. Zu widerhandlungen gegen Gesetze und Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern wurden im Jahre 1908 in 15 099 (15 755) Anlagen ermittelt, das sind 9,6 Prozent (10,6 Prozent) der residierten Anlagen; die Zahl der wegen Zuwiderhandlungen bestrafte Personen betrug 1597 (1 371). Unter den Zuwiderhandlungen stehen wiederum die gegen Bestimmungen betreffend Anzeigen, Bescheinigungen, Auskünfte mit 8732 (9418) an erster Stelle. Ihnen folgen 625 (7132) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Arbeitsbücher. In weiteren Abständen folgen die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend Dauer der Beschäftigung von jugendlichen und von Kindern 1149 (1238) bzw. 551 (599). Was ferner die Zuwiderhandlungen gegen Gesetze und Bestimmungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen angeht, so betrug die Zahl der Anlagen, in denen Zuwiderhandlungen ermittelt wurden, 7296 (7391); das sind 4,6 Prozent (5 Prozent) der residierten Anlagen. Bestraft wurden 835 (867) Personen. Auch hier stehen unter den Zuwiderhandlungen diejenigen gegen Bestimmungen betreffend Anzeigen, Auskünfte mit 5949 (5724) an erster Stelle; von Fällen verbotener Beschäftigung an Samstagen und Sonntagen der Anzeige wurden 1422 (1613) ermittelt. Die Zahl der Betriebe, denen Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen für Vorkonze bewilligt worden war, betrug 1391, im Vorjahre 1870; es zeigt sich also, wie bereits 1907, ein weiterer Rückgang. Das gleiche gilt auch für die Zahl der Arbeiterinnen, denen solche Ueberarbeit gestattet war; sie sank von 143 683 im Jahre 1907 auf 87 193 im Jahre 1908. Die Zahl der bewilligten Ueberstunden selbst fiel von

1846 206 1/2 im Jahre 1907 auf 1 279 132 1/2 im Jahre 1908. Die für Samstag bewilligte Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen ging ebenfalls zurück. Die Zahl der Betriebe, denen solche gestattet wurde, sank von 278 auf 223 und die Zahl der beteiligten Arbeiterinnen von 17 821 auf 10 015.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Der industrielle Wahlfonds! Die Scharfmacher sind eifrig am Werke ihre Macht zu fördern. Mit der Vertretung der industriellen und gewerblichen Interessen im politischen Leben durch den Hanfahnd, sind sie nicht zufrieden gestellt, da letzterer, doch den Wünschen der Scharfmacher nicht so gefügig sein kann. Am 15. Okt. d. J. tagte im Hotel Adlon zu Berlin der Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Das (Geheim-) Protokoll dieser Verhandlungen zeigt mit aller Deutlichkeit, was die Herren im Schilde führen. Generalsekretär Buch legte dar, in welcher Weise bisher seitens der Scharfmacher versucht worden sei, einen größeren Einfluss im politischen Leben zu erhalten: Kommerzienrat Meuf-Altona habe die Gründung eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ vorgeschlagen, der sich nur mit Fragen sozialpolitischer Natur befassen sollte. Dr. Tille habe den Vorschlag gemacht alle Arbeitgeber in einem politischem Arbeitgeberbund zu vereinen; Syndikus Dr. Stresemann habe erreicht, daß im alten jährlichen Landtag 30 Industrielle saßen; Professor Dr. Leidig habe den Vorschlag der Gründung eines „Industrieverbandes der national-liberalen Partei“ gemacht; der Syndikus der bayrischen Metallindustriellen Dr. König, siehe auf dem Standpunkte, daß zunächst die Organisation der Arbeitgeberverbände vollständig durchzuführen sei. Das Direktorium des Zentralverbandes schlage nunmehr vor, einen industriellen Wahlfonds zu bilden, aus dem alle Parteien zu unterstützen seien, die als Kandidaten Männer auf das Schild erhoben, die auf dem Standpunkte der Scharfmacher stehen. Der Wahlfonds solle gewissermaßen der Julinsturm der Industriellen sein. Die Verwaltung des Fonds soll einer Kommission obliegen die aus Vertretern von 15 der bedeutendsten Verbände der Industriellen gebildet wird. Diese Kommission hat eine Geschäftsstelle zu unterhalten, deren Aufgabe es ist, sich über die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen zu informieren, hier Vertrauensleute aufzustellen und Vorschläge für das Vorgehen bei den Wahlen der Kommission zu unterbreiten. — Als Maßstab zum Beitrag für den Wahlfonds, soll die Lohnsumme der beschäftigten Arbeiter gelten.

Es ist klar ersichtlich, was die Scharfmacher planen. Mit Hilfe enormer Geldmittel wollen sie bei den Wahlen Mandate erobern. Keine bürgerliche Partei soll von den Zuwendungen ausgeschlossen sein. Bedingung ist nur: Bedingungslose Unterwerfung des Kandidaten unter das Programm der Scharfmacher. Bei den letzten Wahlen hat, wie bei der erwähnten Gelegenheit hervorgehoben wurde, die „Industrie“ schon einen Wahlfonds zur Verfügung gehabt. Man will jedoch keine guten Erfahrungen damit gemacht haben, da auch damit Kandidaten unterstützt sein sollen, die Gegner der scharfmacherischen Bestrebungen waren. Eine Besserung soll durch die neue Form der Verwaltung des Fonds herbeigeführt werden.

Die sich an das Vordische Referat anschließende Diskussion war äußerst lehrreich. Derselben war zu entnehmen, daß das Kartellverhältnis zwischen „Gewerkschaft“ und „Berein“ nach enger werden soll und das das endliche Ziel die völlige Vereinigung aller Arbeitgeberverbände ist. Das Streikunterstützungsweien soll einheitlich geregelt werden wie auch die einseitigen Arbeitsnachweise der Unternehmer eine weitere Ausdehnung erfahren sollen. Der bekannte Dr. Tille führte an, daß die Industriellen zur Bearbeitung der 397 Wahlfreie mindestens 8000 Agenturen haben müßten. Um diese zu gewinnen, seien 200 Lehrkräfte erforderlich. Die Lehrkräfte müßten auf einer besonderen Akademie herangebildet werden. Von den heutigen Universitäten sei infolge der hier herrschenden klassenmoralischen Tendenzen nicht zu erwarten. Die Akademie dürfe sich nicht einmal an dem Lne einer Universität befinden, da sonst eine Beeinträchtigung der akademischen Lehrer anderer Richtungen, im persönlichen Verkehr zu befürchten sei. Als geeigneter Sitz der Akademie wurde Düsseldorf empfohlen. — Syndikus Dr. Roche-Hannover erwartet von dem Bekanntwerden der Bildung des Wahlfonds, daß die maßgebenden

Parteiorgane den Scharfmachern etwas gefügiger werden.

Das Vorgehen der Scharfmacher eröffnet nette Aussichten für die nächste Reichstagswahl. Es ist außer Frage, daß das Geld im Wahlkampf dann die Hauptrolle spielen wird. „Der Dollar rollt —“. Die Arbeiter haben so ganz besondere Veranlassung in den bürgerlichen Parteien darauf zu achten, daß das höchste Recht des deutschen Staatsbürgers durch das Geld der Scharfmacher nicht geschändet wird. Es mit dem Gelde der Scharfmacher unterstützter Kandidat muß von vornherein als Verfechter des „Klassenkampfes von oben“ gelten und darf er ebenso wie die „Klassenkämpfer von unten“ auf die Stimmen der christlichen Arbeiter nicht rechnen. Der Mammon der Scharfmacher darf den erhofften Erfolg nicht bringen. Deren Einfluss ist schon heute so groß, daß eine keinerlei Erweiterung, wohl aber einer Verminderung bedarf.

Aus dem gewerblichen Leben.

Deutschlands Wäldungen nahmen im Jahre 1900 von der Gesamtfläche des deutschen Reiches 13 995 870 Hektar gleich 25,9%; ein. Gegenüber früheren Feststellungen ergibt sich, daß die Forsten und Holzungen Deutschlands fortgesetzt eine, wenn auch kleine, Vergrößerung des Flächenbestandes erfahren haben. Im Jahre 1883 betrug der Bestand 19 308 400 ha = 25,7% der Gesamtfläche und 1893 13 956 300 ha = 25,8% des gesamten Bodens.

In den einzelnen Bundesstaaten war der Bestand an Forsten und Holzungen in schon genanntem Jahre folgender: Preußen 82 701 300 ha (23,7% der Gesamtfläche); Bayern 24 665 500 (32,5); Sachsen 3 845 400 (25,8); Württemberg 6 004 100 (30,8); Baden 5 677 (37,7); Hessen 2 400 100 (31,2); Mecklenburg-Schwerin 2 367 400 (18,0); Sachsen-Weimar 930 900 (25,7); Mecklenburg-Strelitz 622 300 (21,2); Oldenburg 683 400 (10,6); Braunschweig 1 094 700 (30,1); Sachsen-Meiningen 1 038 600 (42,1); Sachsen-Altenburg 359 000 (27,1); Sachsen-Coburg-Gotha 595 800 (30,1); Anhalt 578 000 (25,1); Schwarzburg-Sondershausen 267 100 (31,0); Schwarzburg-Rudolstadt 413 300 (43,9); Waldeck 428 000 (33,2); Neuf. a. S. 112 500 (35,6); Neuf. j. S. 312 000 (37,8); Schaumburg-Lippe 69 000 (20,3); Lippe-Deimold 334 900 (27,6); Lübeck 40 800 (13,7); Bremen 500 (0,2); Hamburg 17 900 (4,3); Elsaß-Lothringen 4 398 300 (30,3).

Dem Bestände nach waren von den 13 995 870 ha (genau 13 995 869 ha) Forsten, Kronforsten 2 573 302, Staatsforsten 4 430 090, Staatsanteilsforsten 29 793, Gemeindeforsten 2 258 090, Stiftungsforsten 211 015, Genossenschaftsforsten 306 214, Privatforsten 6 503 365 ha.

4 544 800 ha des Waldbestandes war Laubwald, darunter wieder 2 571 952 ha Hochwald. Der Nadelwald belief sich auf 9 451 069 ha, davon 8 407 267 Hochwald. — Im Hochwald waren bestanden mit Eichen 532 395 ha; Birken, Erlen u. i. m. 212 310 ha; Buchen und sonstigem Laubholz 1 827 217 ha. Der Laub-Hochwald wies auf: Bestand an über 100 Jahren alten Bäumen 416 478 ha; 81—100 Jahre alt: 395 691 ha; 61—80 Jahre: 478 210 ha; 41 bis 60 Jahre: 457 635 ha; 21—40 Jahre: 424 218 ha; bis 20 Jahre: 369 167 ha; Räumden: 18 556 ha; Blößen 11 997 ha.

Der Bestand an Nadel-Hochwald setzte sich zusammen aus 5 603 128 ha Kiefern; 13 309 ha Lärchen; 2 492 122 ha Fichten; 298 708 ha Tannen. — Dem Alter nach war der Nadel-Hochwald über 100 Jahre: 611 444 ha; 81—100 Jahre: 720 965 ha; 61—80 Jahre: 1 120 895 ha; 41 bis 60 Jahre: 1 664 777 ha; 21—40 Jahre: 1 987 078 ha; bis 20 Jahre: 2 010 846 ha; Räumden: 113 030 ha; Blößen: 178 241 ha.

Der Holztrag der deutschen Wäldungen betrug nach der Aufnahme vom Jahre 1900, im letzten Wirtschaftsjahre, an Nugholz 20 017 896 Festmeter; an Brennholz 17 850 646 Festmeter; Stoch- und Reisholz 10 472 395 Festmeter; Eichenlohe 134 626 Festmeter; Weidenruten 101 433 Festmeter.

Was die Ertragsfähigkeit der Wäldungen anbelangt, so ergibt sich, daß diese von Jahr zu Jahr durchweg gesteigert wird. Bei den Staatsforsten wurde im Jahre 1907 an Roheinnahmen pro Hektar erzielt: Preußen 43,29 Mf. (Einnahmenüberschuß pro Hektar 1906 und 1907: 24,21 resp. 25,44 Mf.), Bayern 49,02 Mf. (24,60; 27,09 Mf.), Sachsen 93,57 Mf. (49,56; 60,22 Mf.), Württemberg 114,03 Mf. (69,51; 76,65 Mf.), Baden 89,36 Mf. (51,76; 55,30 Mf.), Hessen 49,28 Mf. (25,50; 26,35 Mf.), Mecklenburg-Schwerin 40,09 Mf. (20,34; 21,14 Mf.), Mecklenburg-Strelitz 36,46 Mf. (19,95; 25,23 Mf.).

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Erichen in Anhalt.
Erfreuliche Schenkung der Branche an Fortbildungsförderer (Mittelschulung) und Selbstbildung.
Programme frei durch die Direktion.

B. Kolscher's
Fachschule Detmold
für Tischler u. für gewerbliche Zeichen.
Ersterstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Auskunft durch die Direktion.
B. Kolscher.

Tischler-Fachschule
Blauenburg a. Harz.
gehobene Ausbildung als Werkmeister, Betriebsleiter und Zeichner. Programm frei. Direktor Reinerting.
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Tischler für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden Mk. 5. Zu beziehen von Direktor Reinerting, Blauenburg am Harz.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- u. Zeichensäle. :: Werkstätten.
:: Programme frei. ::
Direktor Brecht.

Schreiner-
Werkzeuge: Putzhobel, feins Rückensäge, amerik. Schraubenzieher, sowie viele andere Werkzeuge. Katalog gratis und franko.
HEINRICH BUSCH, Werkzeug-Versandhaus,
Hagen i. W.

Eingelegte Fourniere
für Nähtische, Schatullen, Säulungen.
Kupferbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.
Carlsh. Biler, Mannequett, Heidelberg,
Theaterstraße 7.
Für Schreiner.
Großes modernes Möbelwerk, 300 Stücken 1—10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für nur 3 Mark abzugeben.
Paul Rosd, Kupferrt.
Düsseldorf, Leopoldstr. 45.

Süddeutsche
Schreiner-Fachschule
Nürnberg.
Erstklassige Lehranstalt.
Kirchenweg 14. Dir. C. Maibaum

Werkführer.
Ein gebildeter tüchtiger Tischler 37 Jahre alt, Däne, 7 Jahre Aufenthalt im Ausland, sucht Stellung. Tüchtiger Arbeitszeichner, repräsentabel, beste Empfehlungen. Billet nrk 103 an A/S. Avertør, Nygade 1 Kopenhagen.